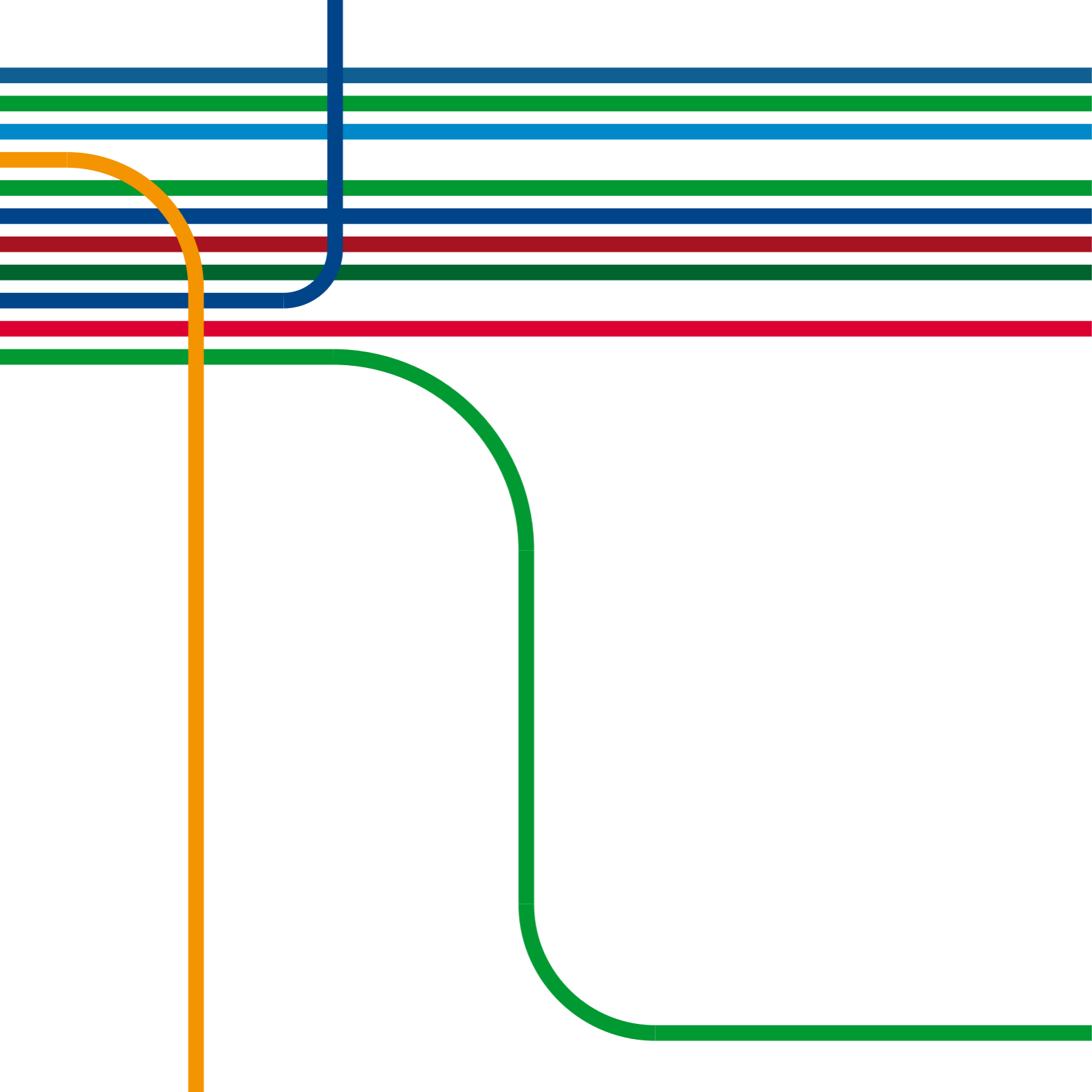


Bayerischer  
Forschungsverbund  
Zukunft der Demokratie  
**Zielsetzung und  
Projektbeschreibung**



FOR  
**DEMOCRACY**



# Inhalt

	<b>2</b>	<b>Nachdenken über Demokratie –</b> Der Bayerische Forschungsverbund ForDemocracy	
	<b>4</b>	<b>Wissenschaft und Praxis in Kooperation</b> Mehr verstehen – neue Wege finden	
Projekt 01	<b>6</b>	<b>Der Widerspenstigen Zähmung?</b> Die politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa seit 1989 als Laboratorium und Lehrstück für zukünftige Herausforderungen der Demokratie	Ludwig-Maximilians- Universität München
Projekt 02	<b>8</b>	<b>RePair Democracy.</b> Soziale Innovationen als Experimentierfeld demokratischer Mikropraktiken (RePaD)	Hochschule für angewandte Wissen- schaften München
Projekt 03	<b>10</b>	<b>Demokratisierung von Geld und Kredit</b>	Universität Würzburg
Projekt 04	<b>12</b>	<b>Antipopulismus:</b> Wissenstransfer und Handlungs- strategien in der politischen Bildungsarbeit	Ludwig-Maximilians- Universität München
Projekt 05	<b>14</b>	<b>Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten</b> (DePaGe)	Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
Projekt 06	<b>16</b>	<b>Visualisierung der Demokratie –</b> ViDe(m)o	Universität Passau
Projekt 07	<b>18</b>	<b>Deliberative Demokratie am Arbeitsplatz:</b> das Potential von „Mini Publics“	Hochschule für Politik an der TU München
Projekt 08	<b>20</b>	<b>Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik:</b> Bürgerzentrierte Entwicklung und Evaluation technologiebasierter Lösungsansätze	Universität Würzburg
Projekt 09	<b>22</b>	<b>Media Future Labs</b>	Ludwig-Maximilians- Universität München
Projekt 10	<b>24</b>	<b>Weltgesellschaftliche Orientierung von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten</b>	Universität Bamberg
Projekt 11	<b>26</b>	<b>Demokratie – Partizipation – Vielfalt.</b> Mehr Frauen für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum (FRIDA)	Hochschule für angewandte Wissen- schaften Landshut



# Nachdenken über Demokratie – Der Bayerische Forschungsverbund ForDemocracy

Prof. Dr. Michael Meyen

Der Brexit und Donald Trump, die Regierungen Orbán, Kaczyński und Erdoğan, die politische Polarisierung und die Wahlerfolge von Populisten in West- und Nordeuropa, der Aufstieg der AfD, Wutbürger auf der Straße und in den sozialen Netzwerken sowie der Mitgliederschwund von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder Kirchen – von Organisationen, die in der Vergangenheit Normen und Werte bereitgestellt und so die öffentliche Meinungs- und Willensbildung genau wie das Handeln von Individuen, Gemeinschaften und Gesellschaften entscheidend beeinflusst haben: Die Demokratie und ihre Prinzipien wie die politische Gleichheit aller, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz und Partizipation scheinen ausgerechnet in einer Zeit an Strahlkraft zu verlieren, in der die Menschheit vor existenziellen Herausforderungen steht. Anders formuliert: Es steht das Vertrauen in die politische „Weisheit der vielen“ und ihre Fähigkeit auf dem Spiel, die Folgen von Klimawandel, Bevölkerungsexplosion und Ressourcenschwund zu beherrschen sowie der Bedrohung durch den Terrorismus zu begegnen.

Der Bayerische Forschungsverbund „Zukunft der Demokratie“ nimmt diese Krisendiagnosen als Ausgangspunkt und fragt, wie Partizipations- und Entscheidungsverfahren sowie möglicherweise auch die Vorstellungen von Demokratie an sich so modifiziert werden können, dass sie in der Lage sind, angemessen auf die Probleme des 21. Jahrhunderts zu reagieren und die Demokratie als politische Organisationsform zu erhalten, ohne die Vision aufgeben zu müssen, alle ungeachtet ihrer faktischen Differenzen als Freie und Gleiche anzuerkennen. Wenn der Forschungsverbund auf die Adaptionfähigkeit demokratischer Systeme zielt, folgt er der Überzeugung des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, dass die „große Transformation“ nicht von oben verordnet werden kann, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger an der „Herstellung legitimer, gerechter, kreativer und dauerhafter Problemlösungen für ein nachhaltiges Leben“ aktiv mitwirken müssen.

Zustandekommen, Zusammensetzung und Ausrichtung machen den Forschungsverbund dabei selbst zu einem Experimentierfeld in Sachen Demokratie. Die elf Projekte wurden aus mehr als 40 Bewerbungen in einem zweistufigen Verfahren ausgewählt – von neun namhaften Gutachterinnen und Gutachtern, die das gesamte Spektrum möglicher Zugänge zum Thema abdecken. Entsprechend „bunt“ wirkt dann auf den ersten Blick auch das Potpourri an Disziplinen, das der Verbund zusammenbringt: Soziologie, Politische Theorie und Kommunikationswissenschaft, Theologie, Politische Philosophie und Rechtswissenschaft, Psychologie, Pädagogik und Soziale Arbeit – angesiedelt an acht bayerischen Hochschulen, gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Der zweite Blick zeigt, dass die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen akademischen Kulturen keineswegs die größte Herausforderung ist. Die Ausschreibung hat ausdrücklich nach einem „Austausch zwischen Universität und Praxis“ verlangt. Dafür stehen die Praxispartner der Projekte, dafür stehen die drei Praxiskonferenzen, die der Verbund in den vier Jahren Laufzeit von 2018 bis 2022 ausrichtet, dafür stehen größere und kleinere öffentliche Veranstaltungen, dafür steht auch und vor allem ein Blog, der neben Berichten von diesen Events die Debatten im Verbund und seine Befunde nicht nur für jeden zugänglich macht, sondern ausdrücklich zu Einspruch und Mitarbeit aufruft.  
→ <https://fordemocracy.hypotheses.org/>

In diesem Blog wird es auch um die Fragen gehen, die die ForDemocracy-Mitglieder jenseits ihrer disziplinären Perspektive und jenseits der sehr konkreten Projekt-Probleme zusammenbringen. Punkt eins: Demokratiebegriff und Demokratieverständnis. Man muss nur durch diese Broschüre blättern und sich ein wenig mit den einzelnen Projekten beschäftigen, um zu verstehen, dass hier auch im Forschungsverbund keineswegs Einigkeit herrscht. Punkt zwei: Organisation demokratischer Prozesse. Das zielt nicht nur auf Partizipation, sondern auch auf die Verknüpfung von wissenschaftlicher Forschung und Bürgerbeteiligung, die in gar nicht so wenigen Projekten angelegt ist (Stichworte: partizipative Forschung und Transdisziplinarität). Das führt direkt

zu Punkt drei: Selbstreflexion. Welche Rolle spielt die Wissenschaft, welche Rolle spielen wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Demokratie? Was macht es mit uns und mit unseren Ergebnissen, wenn wir die „Praxis“ nicht nur beobachten, sondern mit ihr zusammenarbeiten und sie vielleicht sogar erst schaffen?

Wem das zu sehr nach Elfenbeinturm klingt: Am Ende sollen erstens Handlungsempfehlungen stehen. Ganz konkret aus der Sicht der einzelnen Projekte, aber auch allgemeiner, aus Verbundperspektive. Beiträge zur politischen Bildung, Anregungen, Ideen. Zweitens wird ForDemocracy helfen, das Verständnis für die drei gerade genannten Punkte zu schärfen. Schon die heterogene Zusammensetzung des Forschungsverbunds verbietet die Erwartung, es werde so etwas wie eine verbindliche Lösung für alle Probleme geben. Ziel ist es vielmehr, die unterschiedlichen Positionen klar herauszuarbeiten und so für den gesellschaftlichen Diskurs fruchtbar zu machen. Drittens wird der Verbund seine Mitglieder verändern. Die Professorinnen und Professoren, weil sie mit Menschen zusammenarbeiten, mit denen sie sonst vielleicht nie zusammengearbeitet hätten, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil sie nach vier Jahren promoviert oder habilitiert sind. Und viertens wird das, was der Verbund „Zukunft der Demokratie“ in und mit der Öffentlichkeit tut, zu Formaten und Kooperationen führen, die heute noch gar nicht abzusehen sind. Jeder, der diese Broschüre liest, ist eingeladen, sich einzubringen, mitzudenken und so Demokratie zu leben.

*Der Forschungsverbund ForDemocracy wird vertreten durch die Co-Sprecherin Prof. Dr. Isabel Feichtner (Universität Würzburg, Projekt 03) und den Co-Sprecher Prof. Dr. Michael Meyen (LMU München, Projekt 09).*



## Wissenschaft und Praxis in Kooperation Mehr verstehen – neue Wege finden

Prof. Dr. Gerald Beck

Komplexen Herausforderungen ist nicht mit einfachen Lösungen beizukommen. Weder in der Politik noch in der Wissenschaft. Diese Vorannahme teilen die Projekte des Verbundes und sie führt auf der Suche nach der Zukunft der Demokratie zwangsläufig zu einem transdisziplinären Forschungsansatz.

Abgesehen von dieser gemeinsamen Vorannahme besteht im Verbund eine produktive Heterogenität darin, wie die Projekte ihre transdisziplinäre Ausrichtung deuten und praktizieren. Das bedeutet, dass sowohl die Einzelprojekte als auch der Gesamtverbund mit Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten, die nicht zur wissenschaftlichen Community zählen. So arbeitet beispielsweise das *Projekt 11 (Thiessen)* unter anderem mit dem Arbeitskreis „Mehr Frauen in der Kommunalpolitik“ und dem Bayerischen Jugendring, das *Projekt 02 (Beck)* mit Akteuren wie dem Bellevue di Monaco, den Münchner Kammerspielen, dem Münchner Forum sowie dem Haus für Eigenarbeit und das *Projekt 09 (Meyen)* mit Medienschaffenden und Mediennutzenden zusammen.

Um die unterschiedlichen Zugänge zu Transdisziplinarität im Verbund zu verdeutlichen, sollen hier drei Begriffe unterschieden werden, die immer wieder im Zusammenhang auftauchen: transdisziplinär, partizipativ, transformativ.

Transdisziplinäre Forschung beschäftigt sich aus unterschiedlichsten Perspektiven mit komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen und bezieht, anders als multidisziplinäre Forschung (Kombination aus disziplinären Wissensbausteinen) und interdisziplinäre Forschung (beteiligte Disziplinen verhandeln gemeinsame Wissenskulturen und Ergebnisse), auch nicht-akademische Partnerinnen und Partner in den Forschungsprozess ein. Wissenskulturen arbeiten also zusammen und entwickeln Ergebnisse, deren Produktionsprozess nicht allein wissenschaftlich-disziplinären Standards unterliegt und deren Ergebnisse sowohl innerhalb als auch außerhalb der wissenschaftlichen Community anschlussfähig sein sollen.

Partizipative Forschung ist per se transdisziplinär. Sie legt den Fokus auf die Zusammenarbeit mit Praxispartnerinnen und -partnern und versucht diese bereits in die Formulierung von Forschungsfragen einzubeziehen. Dabei wird ein partnerschaft-

liches Verhältnis angestrebt, dass die voreilige Hierarchisierung von Wissenskulturen (Experten/Laien) vermeiden soll.

Transformative Forschung meint Forschung, die sich an der Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel beteiligt. Die Möglichkeit der gezielten Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel ist innerhalb der Wissenschaft höchst umstritten. Jenseits aller sozialtechnologischen Phantasien kann allerdings die Frage gestellt werden, ob nicht jede Form von transdisziplinärer Forschung auch zur Gestaltung gesellschaftlichen Wandels beiträgt. Selbstverständlich nicht zielgerichtet bzw. im Bewusstsein der gleichzeitigen Produktion von ungesehenen Nebenfolgen.

Das Selbstverständnis von Wissenschaft und damit ihre Stellung in der Gesellschaft ist einer stetigen Veränderung unterworfen. Während Wissenschaft lange als Produzentin von sicherem Wissen galt, tauchen in der reflexiven Moderne Begriffe wie „Nichtwissen“, „sozial robustes Wissen“ oder „Modus 2 Wissenschaft“ auf. Alle implizieren, dass wissenschaftliches Wissen wichtiger ist denn je, aber gleichzeitig – disziplinär gedacht – nicht mehr hinreichend für die Lösung der komplexen Herausforderungen der Gegenwart ist.

Der Verbund hat sich die Aufgabe gegeben, die Rolle von Wissenschaft in der Demokratie zum Gegenstand von Forschung und Debatten zu machen. Insbesondere stellen sich Fragen wie: Welche Qualitätsstandards werden für transdisziplinäre Forschung angesetzt? Wie ist eine Kooperation auf Augenhöhe und ohne implizite Hierarchie zwischen Wissenschaft und Praxis gestaltbar? Wie können die Bedürfnisse möglichst vieler Partnerinnen und Partner im Forschungsprozess integriert werden? Wie stark darf Wissenschaft in die Praxis eingreifen? Wie organisiert man demokratische Forschungsprozesse? Das bedeutet, dass der Verbund Verfahren demokratischer Gestaltung auch auf sich selbst anwendet.

Was heißt das konkret? Die Projekte werden zu Beginn ein ihrer Ausrichtung jeweils angemessenes Verhältnis zu ihren Praxispartnerinnen und -partnern aufbauen. Während der ersten von drei



Praxis-Konferenz im November 2018

Praxis-Konferenzen im Herbst 2018 wurden bereits wechselseitige Erwartungen ausgelotet. Es zeigte sich, dass die Praxispartnerinnen und -partner ein hohes Interesse an Beteiligung im Forschungsprozess haben. Es gilt, die unterschiedlichen Erwartungen, Zielvorstellungen und Methoden der Partnerinnen und Partner aus Wissenschaft und Praxis aufzunehmen und das weitere Vorgehen abzustimmen. An diesen Fragen wird in der ersten Jahreshälfte 2019 in projektinternen und projektübergreifenden Workshops gearbeitet werden. Das Format der Praxis-Konferenz soll auch im weiteren Verlauf des Forschungsverbundes Ort des Austauschs über die Gestaltung von Wissenschaft-Praxis Kooperationen sein. So soll sichergestellt werden, dass die Expertise aus der Praxis in den Forschungsprozess einfließen kann, in dessen Verlauf alle Beteiligten sinnvolle und nutzbare Erkenntnisse ziehen.

## PROJEKT 01

### Der Widerspenstigen Zähmung?

Die politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa seit 1989 als Laboratorium und Lehrstück für zukünftige Herausforderungen der Demokratie

*Das Projekt erforscht das Repräsentationsproblem mittel- und osteuropäischer Positionen in Kirche und Politik. Dies erfolgt durch eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Transformationsprozessen seit 1989. Die Ergebnisse geben Impulse für ein Modul zur politischen Bildung.*



Projektleitung  
Prof. Dr. Reiner Anselm (li.)  
Mag. Theol. Lukas David Meyer (re.)  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Dr. Nazli Cihan (nicht im Bild)

Ludwig-Maximilians-Universität München  
Evangelisch-Theologische Fakultät, Lehrstuhl  
für Systematische Theologie und Ethik

→ [reiner.anselm@evtheol.uni-muenchen.de](mailto:reiner.anselm@evtheol.uni-muenchen.de)

In dem Projekt soll nicht – wie in der Regel üblich – davon ausgegangen werden, dass die Problematik in einer nachzuholenden Demokratisierung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten liegt. Vielmehr möchten wir die Perspektive umkehren und folgende These vertreten und überprüfen: Wir werden in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Zukunft konfrontiert. Denn dort lassen sich zukünftige Herausforderungen wie radikalisierte Individualisierung, ökonomische Deregulierung, forcierte Säkularisierung, die daraus resultierende Minderheitenrolle der Kirchen und ethnischierende religiöse Identitätsbildungen studieren. Zwar mag die Herkunft der genannten Phänomene unterschiedlich sein, die daraus entstehenden Herausforderungen sind aber ähnlich.

Die Zielsetzung des Projekts gliedert sich in drei Bereiche. Zunächst analysieren wir mit einem historischen und religionssoziologischen Interesse die Prägekräfte von Oppositionsrolle und Entbürgerlichung christlicher Kirchen in den mittel- und osteuropäischen Staaten (1). Im Fokus stehen dabei die Veränderungsprozesse, die die mittel- und osteuropäischen Staaten nach 1989 durchliefen: Unter anderem in Ostdeutschland, Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn lösten demokratische Staatsformen die realsozialistischen Parteidiktaturen des erodierenden Warschauer Pakts ab. Während zunächst große Gewissheit einer erfolgreichen Demokratisierung nach westeuropäischem Vorbild bestand und die EU-Osterweiterung 2004 dies zu bestätigen schien, zeigt sich in der Gegenwart ein deutlich anderes Bild. Eine spezielle Rolle nehmen christliche Gruppierungen in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas ein. Als ehemalige Oppositionelle haben diese Gruppierungen teils ein weiterhin ausgeprägtes Misstrauen gegen staatliche Institutionen: Die Repressalien gegenüber Kirchenmitgliedern in den autoritären Regimes vor 1989 entfalten hier nach wie vor ihre Wirkung, gerade das Fernhalten vom Hochschulstudium führte zu einer tiefgreifenden, antibürgerlichen Mentalitätsverschiebung. Infolgedessen changierten die christlichen Gruppen zwischen Fundamentalopposition und ergebenem Entgegenkommen. Diese Beobachtungen führen zur ersten Forschungsfrage: Wie beschreiben die christlichen Kirchen sowohl im Blick auf ihre

historische Rolle als auch im Blick auf die Gegenwart in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten der EU für sich und ihre Mitglieder ihr Verhältnis zum Staat und zur Demokratie? Welche Kontinuitäten und Transformationen lassen sich ausmachen?

Die Erkenntnisse des ersten Forschungsbereichs gilt es auf die zweite Fragestellung zu beziehen. Hier diskutieren wir das in der Gegenwart bestehende Repräsentationsproblem in kirchlichen und europapolitischen Strukturen (2). Kernaufgabe der weiteren demokratischen Entwicklung wird es sein, Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, die dabei helfen, mit Konflikten und Dissonanzen so umzugehen, dass deren destruktives Potenzial eingehegt wird. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen bedürfen daher der intensiven, aber gleichwohl geordneten Diskussion. Wenn dies gelingt, können Kontroversen sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft fruchtbar sein, indem sie die Kontrahenten in Debatten verwickeln und dadurch im Streit integrierend wirken. Davon abgeleitet ergibt sich die zweite zentrale Forschungsfrage: Welche Institutionen, Verfahren, Narrative (sinngabende Erzählungen) können das Sich-Involvieren-Lassen und damit die demokratische Partizipation als Gegenmittel gegen Populismus stärken?

Die Ergebnisse münden schließlich in unser praktisches Forschungsziel: Wir möchten ein Modul für politische Bildung entwickeln, dass Beteiligung und Repräsentation junger Menschen dieser Regionen stärkt (3). Ziel ist, in direkter Zusammenarbeit mit einem breiten Netzwerk verschiedener Akteurinnen und Akteure aus der politischen und kirchlichen Jugendbildungsarbeit das Modul zu entwickeln. Diese Art der Kooperation soll den Wissenstransfer und Praxisbezug der erarbeiteten Erkenntnisse des Projekts verankern.

## PROJEKT 02

### RePair Democracy.

#### Soziale Innovationen als Experimentierfeld demokratischer Mikropraktiken (RePaD)



*Soziale Innovationen der Do-It-Together-Bewegung wie Repair Cafés oder Offene Werkstätten organisieren sich überwiegend demokratisch. Die dort eingeübten demokratischen Praktiken werden im Projekt erforscht und mit den beteiligten Akteuren zur partizipativen Gestaltung von Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen erprobt.*

Projektleitung

**Prof. Dr. Gerald Beck** (re.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Robert Jende, M.A.** (li.)

Hochschule für angewandte  
Wissenschaften München  
Angewandte Sozialwissenschaften,  
Soziale Innovationen und  
Organisationsentwicklung

→ [gerald.beck@hm.edu](mailto:gerald.beck@hm.edu)

Das Verlangen nach Alternativen und Ergänzungen zur repräsentativen Demokratie wird in weiten Teilen der Bevölkerung größer. Die politische Aufgabe der Gestaltung von gesellschaftlichem Wandel bedeutet eine permanente Konfrontation mit komplexen Herausforderungen. Dabei übergehen politische Entscheidungen „von oben“ häufig die Wünsche und Alltagsprobleme der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. In den letzten Jahren wurden zur Lösung krisenhafter Entwicklungen zunehmend soziale Innovationen angewandt. Unter sozialen Innovationen werden neuartige Lösungen für gesellschaftliche Probleme verstanden, die oft aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen. Akteure sozialer Innovationen leben 'im Hier und Jetzt' mögliche Zukunftsalternativen vor. Sie sind experimentelle Utopien, die oftmals von Werten wie Nachhaltigkeit, Subsidiarität, Solidarität und Zusammenarbeit gekennzeichnet sind.

In unserem Fokus stehen Repair Cafés, Offene Werkstätten, Maker Labs und andere kollaborative Räume gemeinsamen Schaffens. Wir werden deren demokratisierende Möglichkeiten untersuchen und weiter entfalten. Als Mittel der Demokratisierung verstehen wir diese Räume als einen Beitrag zur Schaffung lokaler Demokratien. Diese zeichnen sich vor allem durch niedrigschwellige Partizipationszugänge, direkte Wirksamkeit und informellen Austausch aus. Deshalb fragen wir uns: Inwiefern tragen soziale Innovationen politisierendes und demokratisierendes Potential in ihren Praktiken und inwiefern führen die in sozialen Innovationen eingeübten demokratischen Praktiken auch in anderen Zusammenhängen zur Anwendung von demokratischen Haltungen? Welche transformative Kraft haben diese Räume und Orte gemeinsamen Tuns?

In einem ersten Schritt sollen die in Repair Cafés, Offenen Werkstätten und anderen sozialen Innovationen beobachtbaren demokratischen Mikropraktiken erforscht und beschrieben werden. Wir verstehen „Demokratie als Lebensform“ und so trägt jede unmittelbare Kommunikation und Interaktion (un)demokratische Züge. Demokratische Mikropraktiken sind die kleinste Einheit einer Demokratie: die demokratischen Grundfähigkeiten wie Zuhören-können/wollen, Ambiguitätstoleranz, Reflexions-

kompetenz, Eigeninitiative oder Dialogbereitschaft. Wir vermuten, dass diese Grundfähigkeiten in den sozialen Innovationen besonders zutage treten und demokratisierendes Potential in sich tragen. Ziel des zweiten Projektabschnitts ist es deshalb, mit Akteurinnen und Akteuren Gelegenheiten zu schaffen, demokratische Innovationen auf den öffentlichen Raum auszuweiten. Dabei spielt das zunehmend eingeforderte „Recht auf Stadt“ eine besondere Rolle. Die Stadt wird als Zentrum künftiger politischer Entscheidungen thematisiert. Subsidiarität, Föderalismus und Selbstverwaltung treten in den Vordergrund. Dieses an die Menschenrechte angelehnte Ideal drückt das Recht des Einzelnen in Gemeinschaft aus, an der Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes – der Stadt – teilzuhaben. So wie die materielle und soziale Umgebung die Verhaltensweisen eines Menschen prägt, so ist es das gute Recht der/des Einzelnen, den Rahmen, der sie/ihn prägt, mit herzustellen. Als Anlaufstelle und Raum demokratischer Dialoge planen wir die Erprobung eines Repair Cafés für Demokratie.

Es geht bei RePair Democracy also weniger um das Wiederanbinden von Akteuren an traditionelle Strukturen der Demokratie als vielmehr um die Entwicklung eines kollaborativen Demokratieverständnisses zur partizipativen und unmittelbaren Gestaltung sozialer Umwelten. Das Projekt versammelt Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum (RePair Café für Demokratie), um politische Selbstwirksamkeit zu erlernen. Durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit scheinen Akteure sozialer Innovation geeignet, die in der Initiative gelernten demokratischen Praktiken in andere Kontexte zu übertragen.



Projektleitung  
**Prof. Dr. Isabel Feichtner** (re.)  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
**Dipl. Hdl. Christian Gelleri** (li.)

Universität Würzburg  
Öffentliches Recht und  
Internationales Wirtschaftsrecht

→ [isabel.feichtner@jura.uni-wuerzburg.de](mailto:isabel.feichtner@jura.uni-wuerzburg.de)

## PROJEKT 03

### Demokratisierung von Geld und Kredit

*Demokratisierung von Geld? Ein solches Forschungsprojekt scheint erklärungsbedürftig, insbesondere in Deutschland, wo die Unabhängigkeit von Zentralbanken als historische Errungenschaft bewertet wird, als notwendige Voraussetzung die Zahlungsfunktion des Geldes zu sichern. Die Rechtswissenschaft hebt in der Regel die freiheitsermöglichende Funktion des Geldes besonders hervor, welche Einschränkungen des Demokratieprinzips im Bereich der Geldpolitik rechtfertigt. Nur wenn Geld unpolitisch bleibe, könne es wirtschaftlichen Austausch zuverlässig ermöglichen, so eine verbreitete Auffassung.*

Doch Geld ist nicht unpolitisch; als Zahlungsmittel zu fungieren ist nicht der einzige Existenzgrund von Geld. Geld ist kein „Ding“, sondern Produkt kollektiven Designs. Historisch sind Geld und Geldschöpfung eng verknüpft mit souveräner Macht. So waren zum Beispiel die frühen Papiergelder Nordamerikas Geschöpfe der Kolonialregierungen. Diese haben Geld geschöpft, indem sie Waren und Dienstleistungen mit Schuldverschreibungen „bezahlten“ und diese zu einem späteren Zeitpunkt zur Begleichung von Steuerschuld wieder entgegengenommen haben. Eine weitverbreitete Metapher war die des Blutes: Wie Blut den ganzen Organismus versorgen muss, damit er lebensfähig ist, so solle auch Geld alle Glieder des Gemeinwesens erreichen. Später dann teilten sich Souverän und Private die Geldschöpfung, was eine fundamentale Transformation politischer Ökonomie zur Folge hatte. Für die Geldschöpfung leitend wurde die Gewinnerwartung. Auch in unserem heutigen Geldsystem ist diese Hybridität gegeben, kann Geld als Ergebnis einer Public-private-Partnership zwischen Zentral- und Geschäftsbanken verstanden werden. Auch heute orientiert sich die Geldschöpfung, die überwiegend durch die Geschäftsbanken erfolgt, an Gewinnerwartungen. Darlehen werden gewährt – und damit so genanntes Buchgeld geschöpft – wenn die Erwartung besteht, dass die Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer das Geld gewinnbringend investieren. Mit dem Geld schafft der Staat (bzw. die Europäische Union) überdies eine Recheneinheit, die ansonsten inkommensurable Güter vergleichbar macht. Geld ist damit die Form, die Wert in der Gesellschaft annimmt; es ermöglicht eine objektive Bewertung durch Preise.

Ausgehend von der Einsicht, dass Geld Produkt kollektiven Designs ist und motiviert durch die in der Finanzkrise deutlich gewordenen Demokratiedefizite der Europäischen Währungsunion, befasst sich das Projekt mit den Bedingungen und Möglichkeiten der Demokratisierung von Geld durch institutionelle Reformen. Ausgangspunkt ist die Geldordnung der Europäischen Währungsunion sowie die Praxis der europäischen Geldpolitik. Das Projekt systematisiert Vorschläge für institutionelle Reformen, darunter die Demokratisierung der Europäischen Zentralbank, Begrenzung und Regulierung privater

Geldschöpfung und Einführung von Parallelwährungen. Die hinter diesen Vorschlägen stehenden, kontroversen Vorstellungen über die Funktion des Geldes, seine Beziehung zu Demokratie und Verfassungswerten, wie Gleichheit und individuelle Freiheit, werden sichtbar gemacht und miteinander ins Gespräch gebracht.

Ein Fokus des Projekts sind gesellschaftliche Experimente mit Komplementärwährungen, die in Europa im Zuge der Finanzkrise an Bedeutung gewonnen haben. Sie verfolgen unterschiedliche Zielsetzungen, die von regionaler Wirtschaftsförderung über soziale Inklusion bis zur Schaffung neuer Werteinheiten und damit alternativer Bewertungsmaßstäbe für wirtschaftliche Aktivitäten reichen. Das Projekt ordnet und bewertet die gegenwärtige Vielfalt an Komplementärwährungen und schließt dabei blockchain-basierte Gelder (z. B. Bitcoin) mit ein. Am Beispiel des regionalen Komplementärwährungsexperiments „Chiemgauer“ untersuchen wir das Potential, mithilfe einer kollektiv gestalteten, komplementären Regionalwährung, demokratische Selbstbestimmung, soziale Kohäsion und Nachhaltigkeit zu fördern. In Kooperation mit gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie Kommunen werden wir die rechtlichen und praktischen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Chiemgauers, insbesondere eine stärkere Verschränkung mit kommunaler Selbstverwaltung und dem Betrieb öffentlicher Einrichtungen, erörtern und gegebenenfalls implementieren.

## PROJEKT 04

### Antipopulismus:

#### Wissenstransfer und Handlungsstrategien in der politischen Bildungsarbeit

*Was zeichnet liberale Demokratie im 21. Jahrhundert aus und wie kann sie auf ihre wachsende Diskreditierung reagieren? Das Projekt analysiert Merkmale und Verfahren liberaldemokratischer Politik angesichts populistischer und verschwörungstheoretischer Narrative und entwickelt Handlungsstrategien.*



Projektleitung

Prof. Dr. Karsten Fischer (li.)

Dr. Astrid Séville (re.)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Marlene Schönberger M.A. (mi.)

Ludwig-Maximilians-Universität München

Geschwister-Scholl-Institut

für Politikwissenschaft,

Lehrstuhl für Politische Theorie

→ [astrid.seville@gsi.uni-muenchen.de](mailto:astrid.seville@gsi.uni-muenchen.de)

Kaum ein Begriff ist schillernder, aber wegen seiner Unschärfe auch umstrittener als der des Populismus. Er hat als politischer und politikwissenschaftlicher „Kampfbegriff“ Konjunktur und dient als Etikett für so unterschiedliche Akteure wie die AfD, den Front National in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden oder Syriza in Griechenland.

Jenseits wissenschaftlicher Definitionsfragen zeigt sich eine doppelte Funktionalität des Populismusbegriffs: Er dient als diskreditierende Fremdzuschreibung und verhilft gleichzeitig der politischen Öffentlichkeit und Politikwissenschaft zu einer Profilierung liberaldemokratischer Prinzipien. Indem wir über Populismus diskutieren, sprechen wir über normative und politische Grundlagen eines liberaldemokratischen Verfassungsstaates, denn die Diskussion berührt demokratietheoretisch fundamentale Konzepte wie Volk, Ideologie, Rechtsstaat, Repräsentation und Pluralismus. Populismus scheint einen politischen, zivilgesellschaftlichen sowie wissenschaftlichen Antipopulismus zu mobilisieren.

Das Forschungsprojekt greift die aktuelle Forschung zum Populismus auf und fragt mit einer innovativen Stoßrichtung nach der anderen Seite der Debatte: Was zeichnet die liberale Demokratie im 21. Jahrhundert aus und wie kann sie auf die erstarkende populistische Anfechtung reagieren? Welche Strukturmerkmale, Verfahren und Eigenlogiken liberaldemokratischer Herrschaftsorganisation können gegen die populistische Kritik hervorgehoben werden? Wie können wir offensiv mit den gegenwärtigen Problemen einer zwar nationalstaatlich verfassten, aber inter- sowie supranational eingebetteten Demokratie und den Herausforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft umgehen?

Dieses Projekt begibt sich auf die Suche nach dem Profil eines Antipopulismus, welcher der politikwissenschaftlichen Forschung zu strukturellen Herausforderungen heutiger Demokratien

Rechnung trägt. Ein solchermaßen profilierter, politikwissenschaftlich fundierter Antipopulismus muss auf drei zentrale politische Problemlagen Antworten finden, die der Rechtspopulismus öffentlichkeitswirksam skandalisiert:

Erstens stellt sich die gesellschaftspolitisch relevante Frage nach dem Selbstverständnis und den Konzepten einer pluralistischen und heterogenen Gesellschaft, die auf Probleme globalen Ausmaßes durch internationale Koordination und supranationale Integration reagiert, womit die gerade vom Rechtspopulismus gestellte Identitätsfrage aufkommt.

Zweitens muss Antipopulismus auf die politiktheoretisch plausible, in der praktischen Politik aber beargwöhnte Differenzierung zwischen liberalen und demokratischen Elementen des politischen Systems antworten.

Drittens bedürfen die Verfahren und Funktionen politischer Entscheidungsfindung einer Absicherung gegen verschwörungstheoretische Diskreditierungen.

Am Ende des Projektes steht das Ziel, die politikwissenschaftlichen Erkenntnisse des Projektes zusammen mit Praxispartnerinnen und Praxispartnern in geeignete Narrative für die politische Bildungsarbeit zu übersetzen, mittels derer sich unsere politische Kultur als eine liberaldemokratische begreifen, artikulieren und verteidigen kann.





## PROJEKT 05

### Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten (DePaGe)

*Das Projekt untersucht die Einstellungen von Geflüchteten in Bayern zu Demokratie und politischer Partizipation sowie die Nutzung neuer Medien für die politische Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe. Mit diesem Wissen werden Instrumente und Materialien für die politische Bildung entwickelt.*

Projektleitung

**Prof. Dr. Sonja Haug** (li.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Simon Schmidbauer M.A.** (re.)

Ostbayerische Technische  
Hochschule Regensburg  
Institut für Sozialforschung und  
Technikfolgenabschätzung

→ [sonja.haug@oth-regensburg.de](mailto:sonja.haug@oth-regensburg.de)

Demokratien leben nicht nur von der Mitwirkung ihrer Bürgerinnen und Bürger – sie sind sogar darauf angewiesen. Das Projekt DePaGe begibt sich dabei in das Spannungsfeld der politischen Beteiligung im Migrationskontext. Dies ist deshalb interessant, da Drittstaatsangehörige die Teilnahme an Wahlen und damit dem zentralen Mitbestimmungselement der Demokratie in Deutschland verwehrt ist. Politische Partizipation ist aber mehr als nur der Gang zur Wahlurne. Vielmehr zählen zu den Möglichkeiten der politischen Beteiligung auch Partei- und Protestaktivitäten ebenso wie das Kontaktieren von Politik und Verwaltung. Auf kommunaler Ebene finden sich zudem migrantenspezifische Beteiligungsformen, wie beispielsweise die Ausländer- oder Integrationsbeiräte, die einen aktiven Einfluss auf die Politik vor Ort nehmen können.

Das Projekt DePaGe wendet sich den in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchteten Menschen zu. Über die Einstellungen dieser heterogenen Bevölkerungsgruppe liegen bisher nur wenige statistische Daten vor. Es wird daher eine Bestandsaufnahme und Bedarfserhebung für die politische Bildung und Soziale Arbeit im Flucht-kontext durchgeführt. Das Forschungsvorhaben ist somit deskriptiv, erklärend und handlungsbezogen und beruht auf einem quantitativen Zugang zur Demokratieforschung. Methodisch handelt es sich um eine schriftliche Befragung von Geflüchteten in Bayern und eine Vorstudie in Form einer qualitativen Expertenbefragung von professionellen und ehrenamtlichen Akteuren in der Flüchtlingshilfe. Dabei werden zwei Bereiche abgedeckt: Zum einen soll das Wissen über und die Einstellungen zu Demokratie sowie politischer Partizipation erhoben werden. Zum anderen wird die Eignung neuer Medien für die politische Bildungsarbeit mit der Zielgruppe der Geflüchteten untersucht. Ausgangspunkt ist die These, dass die neuen Medien ein wichtiger Informationskanal für die Orientierung in der neuen Umgebung sind – insbesondere bei fehlenden Sprachkenntnissen. Insofern wird auch das Mediennutzungsverhalten der Zielgruppe erforscht.

Die übergeordnete Zielsetzung des Projekts besteht darin, die Voraussetzungen zur zivilgesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Flüchtlingen in Deutschland zu verbessern. Geflüchtete sollen dabei unterstützt werden, selbstbestimmt und eigenmächtig die Stimme für ihre Belange zu erheben. Dazu bedarf es zum einen Wissen über die Möglichkeiten und Abläufe der Einflussnahme und der politischen Beteiligung in Deutschland und zum anderen Kompetenzen für deren Nutzung. Dieses Wissen und diese Kompetenzen vermittelt die politische Bildung, die im Kontext der Flüchtlingshilfe häufig von der Sozialen Arbeit geleistet wird. Die Erkenntnisse der Studie werden folglich dazu genutzt, Instrumente und Materialien für die politische Bildung in der Flüchtlingshilfe (weiter-) zu entwickeln. Diese zielgruppenspezifischen Informationsmaterialien werden daraufhin in der Praxis erprobt und gegebenenfalls adaptiert. Hierzu finden beispielsweise Workshops zusammen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern (u.a. mit dem Integrationsbeirat der Stadt Regensburg) statt. Zu den Handreichungen für die politische Bildung werden zudem mehrsprachige Inhalte zur internetgestützten Vermittlung von Informationen (Apps) für Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten entwickelt.

## PROJEKT 06

### Visualisierung der Demokratie – ViDe(m)o



Projektleitung  
**Prof. Dr. Horst-Alfred Heinrich (re.)**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
**Lorenz Klumpp M.A. (li.)**

Universität Passau  
Lehrprofessur für Methoden der  
empirischen Sozialforschung

→ [horst-alfred.heinrich@uni-passau.de](mailto:horst-alfred.heinrich@uni-passau.de)

*Das Projekt untersucht Bilder der Demokratie aus zwei Perspektiven. Zum einen wird die visuelle Darstellung von Demokratie in den Leitmedien analysiert. Hierfür erstellt das Projektteam eine Datenbank von ca. 7000 Titelbildern der deutschen Nachrichtenmagazine Der Spiegel, stern und FOCUS, die nach Projektende öffentlich zugänglich sein wird. Zum anderen werden die individuellen Demokratiebilder der Bürgerinnen und Bürger in Augenschein genommen. Im Rahmen einer repräsentativen Studie in Bayern werden die Befragten gebeten, ihre Vorstellung von Demokratie zu zeichnen und diese anschließend zu erläutern. Ziel ist es, die Ergebnisse beider Perspektiven zu verknüpfen sowie Formate zur Bedeutung von Bildsprache für die politische Bildung zu entwickeln.*

Spätestens mit dem Einzug der AfD in den Bundestag wird die Demokratie im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs als bedroht wahrgenommen. In diesem Zusammenhang diskutierte Zukunftsvorstellungen von Demokratie wurden bisher jedoch kaum unter dem Aspekt der Visualisierung untersucht. Zwar hat sich mit der Ikonischen Wende (d.h. die Hinwendung zum Bild als Forschungsgegenstand) in den Geistes- und Sozialwissenschaften die Vorstellung der Bildermacht vielfältig niedergeschlagen. Die Erkenntnisse fanden bislang jedoch kaum Beachtung in der Demokratieforschung. Das gilt sowohl für den empirischen Bereich als auch für die demokratietheoretische Fundierung von Bildlichkeit selbst. Die mangelnde Offenheit gegenüber Bildanalysen ist aus empirischer Sicht nachvollziehbar, da man sich hier besonderen methodischen Herausforderungen – vor allem der Mehrdeutigkeit – gegenüber sieht. Ungeachtet dessen wird der wissenschaftliche Blick auf Bilderwelten in Zeiten von Fake News und Bildmanipulation immer wichtiger. Denn unwidersprochen nehmen Bilder erheblichen Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und damit auf die Konstruktion von Wirklichkeit.

Das Projekt ViDe(m)o widmet sich dem Zusammenhang zwischen Demokratie und ihren Bildern. Zwei Ebenen werden berücksichtigt, die miteinander zu verknüpfen sind. Zunächst wird aus einer Top-Down-Perspektive danach gefragt, welchen Bilderkanon Leitmedien für die Visualisierung von Demokratie verwenden. Das Projektteam erstellt hierzu eine Bilddatenbank mit rund 7.000 Magazincovern der deutschen Nachrichtenmagazine Der Spiegel, stern und FOCUS. Die Bilder werden per Download bzw. Scans erhoben und anschließend verschlagwortet. Ziel ist es, mittels quantitativer Bildtypenanalyse bestimmte Muster (Bildtypen) zu identifizieren. Für konkrete Fragestellungen werden dann ikonographisch-ikonologische Analysen durchgeführt, d.h. die Bildobjekte auf den Covern werden zunächst beschrieben und anschließend durch Hinzu-nahme verschiedener Quellen und deren Diskussion interpretiert. Die Coverdatenbank wird der Öffentlichkeit nach Abschluss des Projekts zugänglich gemacht.

Der zweite Teil des Projekts verfolgt eine Bottom-up-Perspektive und interessiert sich für die Demokratiebilder in den Köpfen der Menschen im Vergleich zu den Sprachkonzepten, die sie nutzen, um sich über Demokratie zu verständigen. Im Gegensatz zur Top-Down-Perspektive steht hier also die bildliche Interpretation von Demokratie seitens der Bürgerinnen und Bürger im Fokus. Als Stichprobe wird eine für Bayern repräsentative Bevölkerungsumfrage basierend auf den Adressen der Einwohnermeldestatistik angestrebt. Die Befragten, deren demographische Daten ebenfalls erhoben werden, werden mittels Draw-and-Write-Technik gebeten, ihre Vorstellung von Demokratie zu zeichnen und diese anschließend zu erläutern.

Abschließend werden die Ergebnisse beider Untersuchungsebenen in einem Mikro-Makro-Modell von Politik aus visueller Perspektive verknüpft, um textbasierte politikwissenschaftliche Erkenntnisse zu ergänzen. Als Arbeitshypothese wird davon ausgegangen, dass die gezeichneten individuellen Demokratievorstellungen von den in der Politikwissenschaft gängigen Konzepten abweichen. Was die mediale Darstellung betrifft, legen erste heuristische Eindrücke nahe, dass die Nachrichtenmagazine ihren Rezipienten Politik überwiegend als Personifizierung und Konkurrenzkampf präsentieren, wohingegen gegensätzliche Interessen und deren Ausgleich kaum thematisiert werden.

Um die Ergebnisse praktisch nutzbar zu machen, wird im Rahmen des Projekts zudem ein Lehrangebot zum Verständnis von Bildsprache entwickelt, das in die politische Bildung einfließen soll. Dessen Ziel ist es vor allem, auf die Bedeutung von Bildern für die Konstruktion von Wirklichkeit und damit auch für die Konzeption von Politik und Demokratie hinzuweisen.



## PROJEKT 07

### Deliberative Demokratie am Arbeitsplatz: das Potential von „Mini Publics“



*Das Projekt untersucht mit philosophischen und empirischen Methoden, wie digitale Technologien Formen demokratischer Partizipation am Arbeitsplatz ermöglichen und wie diese zur Stärkung der Demokratie beitragen können. Der Fokus liegt dabei auf Praktiken, die den Austausch von Argumenten stärken.*

Projektleitung

**Prof. Dr. Lisa Herzog** (li.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Alexander Krüger** M.A. (re.)

Hochschule für Politik  
an der TU München  
Professur für Politische  
Philosophie und Theorie

→ [lisa.herzog@hfp.tum.de](mailto:lisa.herzog@hfp.tum.de)

In einer Zeit, in der die Unterstützung für die Demokratie zu schwinden scheint, müssen demokratische Werte und Praktiken neu gedacht und gelebt werden. Deshalb untersucht das Projekt, ob die Demokratie in Zukunft entscheidend dadurch gestärkt werden könnte, dass demokratische Werte und Praktiken nicht nur im Bereich der Politik, sondern auch in der Wirtschaft gelebt werden. Denn die Arbeitswelt ist ein sozialer Raum, der eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche Integration in kulturell heterogener werdenden Gesellschaften spielt. Darüber hinaus kann die Einübung demokratischer Praktiken in der Arbeitswelt dazu beitragen, die Fähigkeiten und das Selbstbewusstsein zur Teilnahme an demokratischen Diskursen zu stärken und neue Möglichkeiten für eine interne Regulierung des Wirtschaftssystems zu schaffen.

In Deutschland sowie vielen anderen Demokratien werden demokratische Prinzipien im politischen Bereich angewendet, während der ökonomische Bereich größtenteils hierarchisch organisiert ist. Überwiegend wählen private Firmeneigentümer oder Aktienbesitzer das Management aus, das Autorität über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat. Zwar bietet das deutsche Betriebsrätesystem und das Betriebsverfassungsgesetz den Beschäftigten stärker ausgeprägte Mitbestimmungsrechte, als dies in vielen anderen Ländern der Fall ist. Dennoch ist das Management auch im System der deutschen Arbeitnehmermitbestimmung nicht umfassend rechenschaftspflichtig gegenüber den Beschäftigten. Somit kann auch im deutschen Fall von keiner tatsächlichen Wirtschaftsdemokratie oder „workplace democracy“ gesprochen werden.

An dieser Stelle setzt das Projekt an und versucht durch eine Kombination aus philosophischen und empirischen Methoden neue Möglichkeiten der demokratischen Partizipation am Arbeitsplatz zu entwickeln. Hierbei ist es von besonderer Bedeutung, dass der digitale Wandel der Arbeitswelt bereits heute im vollen Gange ist und immer stärkeren Eingang in

die Gestaltung des Arbeitsalltags findet. Deshalb liegt es nahe zu fragen, ob und wie digitale Kommunikationstechnologien zur Umsetzung demokratischer Ideale in Formaten partizipativer Entscheidungsfindung auch in der Arbeitswelt genutzt werden können.

Dabei legt das Projekt seinen Fokus auf die Theorierichtung der deliberativen Demokratie und auf das Potential von „deliberativen Mini-Publics“ – Versammlungen, in denen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleichberechtigt und gemeinsam über ein Thema diskutieren und den zwanglosen Austausch von Argumenten in den Mittelpunkt demokratischer Entscheidungsfindung stellen. Diese Versammlungen können entweder komplett digital gestaltet oder digital unterstützt durchgeführt werden (beispielsweise über eine zufallsgenerierte Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer). Gleichzeitig bedarf es aber auch einer kritischen Reflektion über die Stärken und Schwächen demokratischer und digitaler Entscheidungsfindung am Arbeitsplatz. In Hinblick darauf untersucht das Projekt unter anderem die folgenden Fragen: Inwiefern ändert sich die Kommunikation am Arbeitsplatz durch den Einsatz von digitalen Technologien? Welche Entscheidungsbereiche am Arbeitsplatz eignen sich für demokratische Deliberation in Firmen? Wie kann mit der ungleichen Verteilung von Expertise unter den Beschäftigten umgegangen werden? Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen zur Deliberation in der Arbeitswelt möchte das Projekt Handlungsempfehlungen für Firmen erarbeiten und diese in einem Praxishandbuch zusammenfassen.



## PROJEKT 08

### **Digitale Partizipation in der Kommunalpolitik:** Bürgerzentrierte Entwicklung und Evaluation technologiebasierter Lösungsansätze

*Das Projekt entwickelt und evaluiert technologiebasierte Partizipationstools für die Kommunalpolitik. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf der Nutzer- oder, in diesem Fall, bürgerzentrierten Entwicklung, welche durch eine fortlaufende Teilhabe von Bürgern erreicht werden soll.*

Projektleitung

**Prof. Dr. Jörn Hurtienne (re.)**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

**Sara Klüber B.Sc. (li.)**

Universität Würzburg

Psychologische Ergonomie

Institut Mensch-Computer-Medien

→ [joern.hurtienne@uni-wuerzburg.de](mailto:joern.hurtienne@uni-wuerzburg.de)

Die Zukunft der Demokratie kann nicht losgelöst von der fortschreitenden Digitalisierung betrachtet werden. Durch die Konzeption und Gestaltung digitaler Partizipationslösungen werden beispielsweise Entscheidungen darüber getroffen, wer ein System später wie nutzen kann. Entsprechend kann dadurch auch Einfluss auf demokratische Prozesse genommen werden. Bereits heute gibt es eine Vielzahl an politischen Teilhabemöglichkeiten, meist Web- oder App-basiert, die jedoch häufig nicht alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Oft sind sie weniger beliebt als Face-to-Face-Lösungen und führen im Endeffekt nicht zu mehr Partizipation. Unser Projekt hat deshalb das Ziel, intuitiv benutzbare digitale Partizipationslösungen für und mit Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und zu evaluieren. Gemäß der Bedürfnisse der Bürgerinnen entwickelt, sollen sich diese Lösungen entsprechend besser in die Lebenswelten und Kontexte der Bürger einfügen und sich daher einer höheren Akzeptanz erfreuen. In früheren Untersuchungen konnten wir bereits verschiedene Partizipationstypen ableiten, wie etwa den „Senior“, der sich gerne für Themen, die ihn direkt betreffen, einsetzt und für den der persönliche Kontakt wichtig ist, oder den „Follower“, dem eine einfache Kontaktmöglichkeit zu existierenden Aktionsbündnissen die Teilhabe erleichtern würde. Die Entwicklung unserer digitalen Teilhabemöglichkeiten ist somit weniger technologiebestimmt, sondern eher bedarfsorientiert. Im Fokus steht in unserem Projekt die Kommunalpolitik, im Besonderen die Stadt Würzburg mit dem sich neu entwickelnden Stadtteil Hubland. Fester Bestandteil des Projekts sind daher Kooperationen mit der Stadt Würzburg, mit Bürgerinnen und Bürgerinnen, sowie mit ansässigen Institutionen des Stadtteils.

Das Projekt startet mit einer Analyse und Evaluation aktueller sowie zukünftiger potentiell relevanter Technologien, welche in übersichtlicher Weise in einem Technologieradar zusammengefasst werden. Gleichzeitig wird ein Partizipationsprozess in Gang gesetzt, der sich über die Laufzeit des Projekts ziehen soll: Bürger erhalten einen aktiven Part in der Entwicklung und Gestaltung der Technologien. Die spätere Technologieentwicklung basiert auf den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, welche zunächst durch nutzerzentrierte, partizipative

sowie ethnographische Methoden erhoben und analysiert werden. Hierbei sollen alle alle Akteurinnen und Akteure eines kommunalen Beteiligungsprozesses in unterschiedlichen Formen beteiligt werden. Dazu gehören neben den Bürgerinnen und Bürgern, wie etwa dem „Senior“ oder dem „Follower“, Mitarbeiter der Stadt sowie Verantwortliche der Kommunalpolitik. In gemeinsamen Workshops werden Technologien sowie Erkenntnisse rund um die Bedürfnisse zusammengeführt und Gestaltungskonzepte entwickelt. Diese, zunächst mit Papier und einfachsten Mitteln umgesetzten Konzepte, sollen über den Projektverlauf iterativ bis zur technologischen Einbindung weiterentwickelt und anschließend evaluiert werden.

Das Projekt erwartet somit Erkenntnisse auf drei verschiedenen Ebenen: (1) Es werden empirische Erkenntnisse über zielgruppenübergreifende Benutzeranforderungen an digitale Partizipation in der Kommunalpolitik gewonnen. (2) Das Projekt ermöglicht durch den Einsatz partizipativer sowie nutzerzentrierter Methoden Erkenntnisse über die Entwicklung, Integration, sowie Anpassung dieser Gestaltungsmethoden. (3) Es werden praktische Erkenntnisse über die exemplarische Umsetzung und Evaluation von digitalen Lösungen für die politische Beteiligung gewonnen.



Projektleitung  
**Prof. Dr. Michael Meyen** (li.)  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
**Dr. Sevda Can Arslan** (re.)

Ludwig-Maximilians-Universität München  
Institut für Kommunikations-  
wissenschaft und Medienforschung

→ [meyen@ifkw.lmu.de](mailto:meyen@ifkw.lmu.de)

## PROJEKT 09

### Media Future Lab

*Bei diesem Projekt geht es darum, was wir als Gesellschaft von Medien erwarten, was wir unter gutem Journalismus verstehen und was wir uns das kosten lassen wollen. In „Media Future Lab“ entwickeln interessierte Menschen gemeinsam Antworten auf diese Fragen und formulieren diese in einem Bürgergutachten.*

Medien sind als öffentliche Kommunikationskanäle wesentlich für Demokratie. Diese befinden sich gerade in einer Krise: Reichweite, Akzeptanz und Deutungshoheit von traditionellen Massenmedien sinken. Vor diesem Hintergrund fragt unser Projekt nach der Zukunft der Medien:

- Was erwarten wir (die Gesellschaft) von Medienangeboten?
- Was verstehen wir unter gutem Journalismus?
- Was wollen wir uns das kosten lassen?

Mit unserem Projekt bieten wir den Raum, in dem sich interessierte Menschen mit diesen Fragen auseinandersetzen können! Zunächst befragen wir Medienkritiker und Medienpraktiker als Expertinnen und Experten zur Zukunft der Medien. Wir sprechen mit traditionellen und alternativen Medienanbietern, mit Interessens- und Berufsverbänden, mit Akteurinnen und Akteuren aus der Medienpolitik sowie mit Medienbeobachtern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. An den Erfahrungen der Experten und an deren Wissen zu aktuellen Entwicklungen sollen viele Menschen direkt teilhaben können. Daher finden diese Experteninterviews, soweit möglich, öffentlich statt oder werden im Blog des Projekts dokumentiert.

Anschließend veranstalten wir Media Future Labs in ganz Bayern. Diese Treffen finden z.B. im Sportverein auf dem Land, im Jugendzentrum einer Kleinstadt oder in der Uni-Bibliothek einer Großstadt statt. Dazu sind jeweils 20 bis 25 Menschen jeden Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen Berufen eingeladen, die als Teilnehmer der Media Future Labs ihre Zuschauerrolle ablegen und sich aktiv daran beteiligen, gemeinsam eine neue Vision für das Mediensystem zu entwickeln.

Zusätzlich dazu stellen wir eine Plattform für eine Online-Diskussion bereit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Media Future Labs und weitere Interessierte können dort die Forschungsfragen erörtern, die Inputs der Expertinnen und Experten besprechen und ihre eigenen Meinungen darstellen.

Die aktivsten Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich schließlich über ein halbes Jahr hinweg viermal zu einem Medienzukunftsforum. Dort formulieren sie gemeinsam ein Bürgergutachten, in dem sie Vorschläge für die künftige Gestaltung der Kommunikationsordnung, für Qualitätskriterien im Journalismus sowie für die Gestaltung von Alternativen zu traditionellen Medienangeboten unterbreiten – ganz im Sinne des Konzepts der „realen Utopie“ von Erik Olin Wright. Das Bürgergutachten wird dann 2022 bei einem großen Medienzukunftsforum der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Schon während der gesamten Laufzeit des Projekts werden die Entwicklungen und Ergebnisse dokumentiert und zugänglich gemacht, wodurch sowohl Wissenschaft als auch Journalismus und Öffentlichkeit die Gelegenheit haben, das Projekt von Anfang an zu begleiten.

→ <https://medialabs.hypotheses.org/>



Projektleitung  
**Prof. Dr. Annette Scheunpflug** (li.)  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
**Caroline Rau** (re.)

Universität Bamberg  
Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik

→ [annette.scheunpflug@uni-bamberg.de](mailto:annette.scheunpflug@uni-bamberg.de)

## PROJEKT 10

### Weltgesellschaftliche Orientierungen von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten

*Im Projekt werden auf der Basis eines systemtheoretischen Verständnisses weltgesellschaftlicher Orientierungen die auf Demokratie bezogenen Einstellungen von türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten rekonstruiert. Dabei wird untersucht, wie sich diese Akteursgruppe in Räumen politischer Partizipation verortet. Aus den Ergebnissen werden Folgerungen für Angebote politischer Bildung erwartet.*

Menschen mit Migrationshintergrund sind durch ihre vielfältigen familialen, kulturellen wie gesellschaftlichen Kontakte von der transnationalen Dimension zeitgenössischer Politik und den Folgen der Globalisierung unmittelbar betroffen. Sie erleben die Entwicklung zur Weltgesellschaft und damit die Erfahrung von Glokalisierung (nach Robertson: Globalisierung und Lokalität) und eine Rahmung von Gesellschaft in Weltbezügen (Luhmann) in besonderem Maße.

Diese Erfahrungen führen jedoch nicht immer zu einer kosmopolitischen und demokratiefördernden Haltung, sondern können auch Kränkungen, Politikabsentismus oder fundamentalistische Einstellungen bedingen. Offensichtlich muss Erfahrung durch reflexives Lernen moderiert werden, um zu einem Verständnis der abstrakten Sozialität jenseits von nationalen Orientierungen zu führen.

Ziel dieser Studie ist es, die globalen gesellschaftlichen Orientierungen von Deutschtürkinnen und Deutschtürken zu untersuchen und herauszufinden, welche Lernerfahrungen Offenheit und demokratische Teilhabe an Gesellschaft bedingen. Eine besondere Aufmerksamkeit soll auf deren menschenrechtlichen Vorstellungen sowie die Rolle religiöser Orientierungen gerichtet werden. Vor diesem Hintergrund werden subjektiv wahrgenommene Prozesse sozialer Inklusion oder Exklusion untersucht werden. Besonderes Augenmerk wird auf Erfahrungen im Hinblick auf soziale Beteiligung gelegt.

Für die Bearbeitung der Fragestellung wird ein rekonstruktiv-qualitativer und damit hypothesengenerierender Zugang gewählt. Es werden Interviews mit türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten (erste, zweite und dritte Generation) geführt und diese mit Hilfe der dokumentarischen Methode nach Bohnsack regelgeleitet ausgewertet. Mit dem gewählten rekonstruktiven Zugang wird es möglich, nicht nur die kommunizierbaren Einstellungen der Personen und explizites Wissen zu erheben, sondern auch deren implizite, handlungsleitende Orientierungen nachzuzeichnen. Dadurch lassen sich die Werte herausarbeiten, die das Handeln

von Menschen bestimmen. Das Forschungsprojekt zielt damit auf die Bearbeitung der Frage, welche Einstellungen politisch im Handeln relevant werden – welche Relevanz also die unterschiedlichen Bezüge politischer Kulturen zwischen Herkunfts- und Zielkultur sowie im weltgesellschaftlichen Kontext entfalten. Die Studie liegt somit im Schnittpunkt des Diskurses über Theorien des politischen Lernens, zu Integration und Migration sowie zur kulturellen Identität. Darüber hinaus ist sie auch für die Weiterentwicklung einer Lerntheorie der kosmopolitischen Bildung relevant.

Für den Gesamtverbund konkretisiert das Projekt die Legitimationskrise der Demokratie in Bezug auf räumliche weltgesellschaftliche Orientierungen und die damit verbundenen Fragen zu Akzeptanz und Unterstützung demokratischer Prinzipien. Indem die Erwartungen der untersuchten Gruppe an das politische System rekonstruiert werden, lassen sich möglicherweise neue Einsichten zu den Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Teilhabe gewinnen. Zudem werden auf Grundlage der Forschungsergebnisse gemeinsam mit den Praxispartnern des Vorhabens (dem Pädagogischen Institut der Stadt Nürnberg, dem Caritas Pirkheimer Haus, der Katholischen Akademie Nürnberg sowie dem Begegnungszentrum Die Brücke-Köprü in Nürnberg) Maßnahmen entworfen, die Teilhabe und Verständigung stärken wollen.





## PROJEKT 11

### Demokratie – Partizipation – Vielfalt. Mehr Frauen für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum (FRIDA)

*Das Projekt FRIDA macht sich die Stärkung von Demokratie durch eine gleichberechtigtere Teilhabe von Frauen vielfältiger sozialer und kultureller Herkunft an Kommunalpolitik zur Aufgabe. Ziel ist die Entwicklung von Konzepten für die Stärkung der Selbstwirksamkeit junger Frauen und für eine daraus resultierende Steigerung der Partizipation an kommunalpolitischen Prozessen.*

Projektleitung

Prof. Dr. Barbara Thiessen (li.)

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Mina Mittertrainer M.A. (re.)

Hochschule für angewandte

Wissenschaften Landshut

Fakultät Soziale Arbeit, Institut Sozialer

Wandel u. Inklusionsforschung (IKON)

→ [barbara.thiessen@haw-landshut.de](mailto:barbara.thiessen@haw-landshut.de)

Nicht erst seit der Bundestagswahl 2017 wird der Rückgang des Frauenanteils bei Abgeordneten diskutiert. Hier sank der Anteil zuletzt von 37% (2013) auf aktuell 31% (2017). In kommunalen Parlamenten ist sogar nur jede vierte mandatierte Person weiblich. Noch problematischer ist der Anteil mandatiertes Frauen in Bayern: In den Stadt- und Gemeinderäten ist nur jede fünfte Person weiblich und die politische Partizipation von Frauen liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Hinzu kommt, dass die Vielfalt weiblicher Lebenslagen wenig repräsentiert ist: So sind Frauen in Familienverantwortung, mit nichtakademischer Qualifikation oder mit Migrationsgeschichte besonders selten in kommunalpolitischen Ämtern vertreten. Diese Befunde stellen ein erhebliches demokratisches Defizit dar, das auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen bedenklich ist. Der politische Nachwuchs erwächst nämlich auch auf Landes- und Bundesebene zumeist aus kommunalen Parlamenten.

Vor diesem Hintergrund sind Konzepte nötig, die aktive Partizipation in der Kommunalpolitik stärken und dabei in besonderer Weise Frauen in ihrer Vielfalt in den Blick nehmen. Hier setzt das Projekt FRIDA an. Ziel ist es, Konzepte zu entwickeln und zu erproben, mit denen es gelingen kann, mehr Frauen – insbesondere junge Frauen, auch unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Lebenslagen – für Kommunalpolitik zu gewinnen. Dafür werden konkrete Maßnahmen entwickelt, erprobt und wissenschaftlich evaluiert, die das Ziel verfolgen, die kommunalpolitische Partizipation von Frauen im ländlichen Raum zu verbessern und unterstützend zu ermöglichen. Damit soll Kommunalpolitik in Bayern in doppelter Weise gestärkt werden: Themen und Verfahren der Kommunalpolitik sollen (jungen) Frauen bekannt gemacht und gleichzeitig Bürgerinnenbeteiligung, Partizipation und Mitbestimmung im kommunalen Kontext erfahrbar werden.

Als Untersuchungsraum sind neben dem Landkreis Landshut weitere ausgewählte bayerische Landkreise vorgesehen, die eine möglichst hohe Kontrastierung aufweisen. Vor dem Hintergrund des bereits bestehenden Forschungsstandes zu politischer Partizipation und kritischen Genderanalysen werden konkrete Bedingungen und Ursachen für Politikdistanz insbesondere von

Frauen im ländlichen Raum durch eigene Erhebungen und die Analyse von Regionaldaten ergänzt. Für diesen Zweck werden zunächst Gruppendiskussionen mit jungen Frauen mit unterschiedlichem politischen, zivilgesellschaftlichen und sozialen Engagement sowie Interviews von Expertinnen und Experten mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der Kommunalpolitik geführt. Die fortlaufende Weiterentwicklung theoretischer Konzepte von Selbstwirksamkeit und Empowerment (Selbstbestimmung und Beteiligung) ist ein weiteres Ziel.

Im zweiten Schritt werden mit den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern vor Ort Konzepte für niedrigschwellige Partizipation entwickelt. Diese umfassen beispielsweise die Implementierung von Beiräten ‚Junge Frauen‘ an kommunalen Gleichstellungsstellen, in denen interessierte junge Mädchen und Frauen die Aktivitäten und Projekte der jeweiligen kommunalen Gleichstellungsstelle beraten und mitanregen sollen. Weiterhin ist die Unterstützung bestehender Mentoring-Projekte sowie ggf. die Unterstützung beim Aufbau exemplarischer Mentoring-Verfahren zwischen Neueinsteigerinnen und erfahrenen Kommunalpolitikerinnen geplant. Auf Basis der geführten Gruppendiskussionen und Interviews der Expertinnen und Experten sollen im Rahmen des Projekts schließlich Konzepte für eine gendersensible und familienfreundliche Sitzungsgestaltung und Kommunikationskultur entwickelt und erprobt werden. Die Ergebnisse werden abschließend auf einer Fachtagung vorgestellt und in Form einer Handreichung mit spezifischen Handlungsempfehlungen für Kommunal- und Frauenpolitik zur Verfügung gestellt.

Das Projekt FRIDA wird unterstützt von folgenden Praxispartnerinnen und Praxispartnern: Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Jugendring (bjr), AK Frauen für die Kommunalpolitik, LAG der bayerischen Gleichstellungsstellen, LAG Mädchenpolitik Bayern, Netzwerk Genderforschung und Gleichstellungspraxis Bayern (NeGG)





## Danksagung

Die Mitglieder des Forschungsverbunds ForDemocracy danken dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst für die Förderung und dem wissenschaftlichen Begutachtungs- und Beratungsgremium für die kritische Begleitung des Forschungsvorhabens. Unser Dank gilt darüber hinaus allen Praxis-Partnerinnen und -Partnern und dem Kooperationsnetzwerk interessierter Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft, Verwaltung, Bürgerinitiativen und privater Interessentinnen und Interessenten.

*Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy  
Geschäftsstelle an der Ludwig-Maximilians-Universität München  
Postadresse: Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München  
Geschäftsführung: Sabine Toussaint M.A., Tel. +49 89 2180-4174, [fordemocracy@ifkw.lmu.de](mailto:fordemocracy@ifkw.lmu.de)*

*Bildnachweis: Christl Metzenrath, Gestaltung: grafikcafé, Netzwerk visueller Gestalter  
Druck: Ricoh Deutschland GmbH, Hausdruckerei LMU*

*Februar 2019*



**Bayerischer Forschungsverbund  
ForDemocracy  
Geschäftsstelle an der  
Ludwig-Maximilians-Universität München**

**Kontakt**

Geschäftsführung

Sabine Toussaint M.A.

Tel. +49 89 2180-4174

fordemocracy@ifkw.lmu.de

Website: [www.fordemocracy.de](http://www.fordemocracy.de)

Blog: <https://fordemocracy.hypotheses.org/>

Twitter: @For\_Democracy\_

